

✓ p. B. 73. Chili. O.

p.B.41.21.Chili.O. - Kii/Am ^{ag} Bern, den 19. Dezember 1975

Notiz an Herrn Nordmann

(zwecks Orientierung von Herrn Bundespräsident Graber)

Chile: Politische Gefangene

Die vom "Comité suisse pour la défense des prisonniers politiques au Chili" in Genf wie auch - offenbar damit koordiniert - von kleineren Gruppen oder Einzelpersonen des Departement unterbreiteten Gesuche, die Schweiz möge durch ihre Botschaft in Santiago zugunsten der politischen Gefangenen in Chile auf Grund von Namenslisten intervenieren, werfen eine Reihe von Fragen auf, die nachstehend erörtert werden sollen.

I.

- a) Zahlreiche Indizien lassen mit einiger Sicherheit den Schluss zu, dass wesentliche Impulse zu der international geführten Kampagne zugunsten der politischen Gefangenen in Chile vom kommunistischen Lager ausgehen, und dass die von dieser Seite manifestierte Besorgnis über das Schicksal der Gefangenen nicht rein selbstlosen, völlig humanitären Motiven entspringt, sondern primär vielmehr der Sorge um den Weiterbestand kommunistischer Zellen in Chile und sekundär der ideologischen Verstärkung darüber, dass in Chile ein kommunistischer Terraingewinn - der gemäss der teleologischen Lehre vom Fortschreiten der Weltrevolution eigentlich irreversibel sein müsste - wieder verloren ging. Die von östlicher Seite erhobenen Anklagen richten sich nur nominell an die Junta und meinen in Tat und Wahrheit den Westen ganz allgemein. - Dass die Triebfeder dabei nicht vorrangig in selbstlosen humanitären Überlegungen liegt, geht ja nicht zuletzt daraus hervor, dass in den kommunistischen Staaten zwar politische Gefangene ebenfalls existieren, dass aber jede von aussen geusserte Kritik an dieser Tatsache als (reaktionäre) Eirmischung in innere Angelegenheiten zugunsten von (reaktionären) Schädlingen an "sozialistischen Staatswesen" abgelehnt wird; und dass es in Tat und Wahrheit vielmehr um das Weiterbestehen der kommunistischen Strukturen in Chile geht, ergibt sich daraus, dass die Kampagne in den Oststaaten über ein zielstrebig errichtetes Netz von "Informationsbüros über Chile" gelenkt wird, die samt und sonders entweder mit ins Ausland geflüchteten chileni-



- 2 -

schen Kommunisten oder mit kommunistischen Mitarbeitern der dortigen früheren chilenischen Botschaft besetzt worden sind. (Beispiel: Berlin-BDA; Leiter des Büros: Contreras-Labarca, früherer chilenischer Botschafter und Kader-Funktionär der chilenischen KP.) - Damit ist natürlich in keiner Weise gesagt, dass auch die in Westen unternommenen Bemühungen für die politischen Gefangenen in Chile kommunistisch gesteuert seien; sie sind - in den allermeisten Fällen - autonom und autochthon. Aber gewisse Versuche zur Manipulation aus dem Osten sind hier und da diagnostizierbar.

- b) Einzelne der uns - sei es von erwähnten "Comité", sei es von den erwähnten andern Gruppen - unterbreiteten Namenslisten politischer Gefangener in Chile stammen eindeutig direkt aus kommunistischer Quelle (z.B. vom Weltfrauenkongress in Ostberlin, redigiert in Havanna); von den übrigen Listen ist mit einiger Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass das ihnen zugrunde liegende Material zu einem guten Teil ebenfalls aus solchen Quellen stammt. Es steht damit leider zu vermuten - insbesondere eine vom "Comité" unterbreitete, nach Berufen aufgeschlüsselte Liste gibt zu diesem Verdacht Anlass -, dass diese Listen zwar vorgeben, Namen von Volksfront-Vertretern allgemein, d.h. aller politischen Schattierungen in gleicher Weise, aufzuführen, dass in Tat und Wahrheit aber das Schwergewicht doch eher auf den inhaftierten Mitgliedern der KP Chiles liegt, während Mitglieder anderer politischer Schattierungen wahrscheinlich eher zu kurz kommen; die kommunistische Regie aus dem Osten hat kaum ein echtes Interesse daran, sich authentisch für Vertreter jener politischen Richtungen einzusetzen, die zwar für das Schaufenster der Volksfront als dekorative Partner nützlich waren, deren Zielsetzung aber nicht die Verwirklichung des totalitären, reinen Kommunismus ist (es ist bekannt, dass Moskau im Eigengebrauch z.B. die westliche Sozialdemokratie verächtlich als "Sozialdemokratismus" abtut).
- c) Es scheint uns aus prinzipiellen Gründen erwünscht und angezeigt und nötig, dass ein klarer Trennungsstrich zwischen kommunistisch inspirierten und echt humanitären Bemühungen um die Gefangenen in Chile gezogen wird, bevor sich der Bundesrat zur Frage einer Intervention in Chile äussern kann.

II.

- a) Auf der andern Seite beunruhigt das Problem der politischen Gefangenen in Chile offensichtlich auch die schweizerische

- 3 -

Oeffentlichkeit, und von ihr ausgehend die schweizerische Regierung. Wenn in den ersten Tagen des Unsturzes im Spätsommer 1973 ein emotionsell-exzessives Verfahren seitens der Junta gegenüber politisch prononcierten Volksfront-Vertretern erklärlich (wenn auch nicht entschuldbar) war, so ist dies heute nicht mehr der Fall. Die Existenz politischer Gefangener in Chile an sich wie auch die Tatsache, dass diese Gefangenen offenbar in den wenigsten Fällen ein faires Gerichtsverfahren erhalten, macht es den Staaten, die westlichen demokratischen Grundsätzen der persönlichen Freiheitsrechte verpflichtet sind, schwer, das heutige Regime in Chile zu akzeptieren. Stillschweigendes Dulden der Zustände in Chile wird andererseits die Glaubwürdigkeit der westlichen Demokratien bzw. der von ihnen vertretenen Grundsätze und Ideale in der Dritten Welt herabsetzen (wo sowieso schon a priori die Tendenz besteht, die Begriffe der "Demokratie" und der "persönlichen Freiheitsrechte" anders als im klassischen Sinne auszulegen).

- b) So gesehen scheint ein autonomer schweizerischer Schritt zugunsten der politischen Gefangenen in Chile - also klar abgehoben von der vom Osten geführten Kampagne - als wünschbar und im Hinblick auf einige bereits existierende Präzedenzfälle (z.B. Verurteilung der Missachtung von Menschenrechten allgemein an der Konferenz in Teheran; Intervention zugunsten von zum Tode Verurteilten in Spanien), auch vertretbar. Es ist vorauszusehen, dass die Stürme in der schweizerischen Oeffentlichkeit über die politischen Gefangenen in Chile nicht ab- sondern eher zunehmen wird; dasselbe gilt für den Druck der Oeffentlichkeit auf den Bundesrat, in dieser Sache etwas zu unternehmen. Ein propädeutischer Schritt kann mithelfen, diesen Druck seitens der Oeffentlichkeit zu entschärfen.

III.

- a) Ein solcher Schritt mit dem oben skizzierten Charakter hätte unseres Erachtens ohne Bezugnahme auf die uns vom "Comité" unterbreiteten Namenslisten zu erfolgen. Abgesehen von den oben unter I b) zu diesen Listen angebrachten Vorbehalten ist zu bemerken, dass sie, wie eine erste Durchsicht zeigt, offensichtlich keine Schweizerbürger oder chilenisch-schweizerische Doppelbürger enthalten. Interventionen oder gar Nachforschungen über das individuelle Schicksal von Bürgern dritter Staaten, sei es auf eigene Faust oder durch ein Ersuchen an die chilenischen Behörden, fallen zwar unter die Aufgabenstellung

von humanitären Organisationen, wie des Roten Kreuzes oder der "Amnesty International" (allenfalls auch von engagierten politischen Gruppen, wie dem "Comité" selbst, die, qua Zielsetzung, ebenfalls ein Alibi für solche Nachforschungen geltend machen können), dürfen aber nie zur Aufgabe einer diplomatischen Vertretung gemacht werden, da diese sich mit solchen Schritten entweder einer Einmischung in innere Verhältnisse des Empfangsstaates schuldig machen würde oder sich bereits am Rand nachrichtendienstlicher Tätigkeit bewegen müsste. Für uns geht es dabei nicht nur um die Vermeidung eines Präzedenzfalles - wir müssen in unserer auf Neutralität und Nicht-Einmischung basierenden Aussenpolitik auch morgen noch mit unseren Worten und Taten von heute leben können - sondern auch darum, nicht durch unbedachte, nicht völkerrechtskonforme Betriebsamkeit die Schweizer Interessen in Chile (sie bestehen nicht zuletzt in einer recht stattlichen Gemeinde von dort niedergelassenen Schweizern) zu gefährden.

- b) Wie schon bei der Intervention wegen der Todesurteile in Spanien, hätte im weitern absolute Diskretion wesentliches Element eines solchen Schrittes zu sein; dies, um völlig klar werden zu lassen, dass es uns nur um das humanitäre Problem der Gefangenen geht und nicht um propagandistische Effekthascherei. (Wir könnten trotzdem auf Einzelverstösse hin antworten, dass wir mit Bezug auf Chile die "Hände nicht in den Schoss legen.)
- c) Schliesslich wäre es für einen Schritt, wie wir ihn sehen, von Nutzen, wenn er bei einer chilenischen Persönlichkeit unternommen werden könnte, die einerseits hoch genug steht, um über den nötigen Einfluss zu verfügen, anderseits aber zu unserem Botschafter in einem Verhältnis persönlichen Vertrauens steht, weil dadurch der Schritt den Charakter einer Intervention (mit dem Unterton der Einmischung) noch weiter verlieren würde und auf die Ebene der "Katschetik" bzw. des freundlich-ermahnenden Zuspruches transponiert würde.
- d) Bei der Wahl der Argumente, mit denen ein solcher Schritt begründet werden könnte, wäre nicht polemisch-doktrinär vorzugehen, sondern, im primären Interesse eines Erfolges, nach dem Grundsatz "der Zweck heiligt die Mittel"; d.h. sie wären so zu wählen, dass die Junta nicht a priori in den Anklagezustand und damit in "Trotz-Position" versetzt wird. Sie könnten ungefähr folgendermassen lauten: Chile gehörte seit Jahren zu den europäischsten der südamerikanischen Staaten; dass der

- 5 -

Versuch einer extrem Linken, unter dem Deckmantel des Experimentes einer Volksfront-Regierung extreme und undemokratische Ziele zu verwirklichen, gerade angesichts der europäisch-demokratischen Traditionen Chiles zu einem Trauma und entsprechenden massiven Reaktion geführt hat, ist verständlich. Andererseits lässt gerade die Tatsache, dass Chile, durch seine Geschichte, den westlich-demokratischen Traditionen verpflichtet ist, es als unverständlich erscheinen, dass politische Gegner und politische Gefangene noch heute vielfach Objekt von Massnahmen und Verfahren sind, die zwar von der intern-chilenischen Situation her verständlich sind, die diesen westlich-demokratischen Traditionen aber nicht entsprechen; dies bietet dem Kommunismus einen (allzu) billigen Vorwand, die Junta und darüber hinaus den Westen anzuprangern und so die öffentliche Meinung von den eigenen Missständen und Unterdrückungsmassnahmen abzulenken. Das Bild Chiles, das in der Schweiz nach wie vor grosse Sympathien genießt, droht dadurch verdunkelt zu werden. Es ist gerade Zeichen der innern Stärke und Wesen der westlich-freiheitlichen Demokratie, dass sie es sich leisten kann, auch politisch Andersdenkenden einen gewissen Spielraum persönlicher Freiheiten zu gewähren.

- e) Wir bitten Sie, uns mitzuteilen, ob Sie mit der oben skizzierten Art des Vorgehens einig gehen. Eine Kopie dieser Notiz lassen wir unserem Botschafter in Santiago zugehen, damit er sich insbesondere zu den Fragen äussern kann, welche Gesprächspartner er als möglich und welchen Zeitpunkt für eine solche Intervention er als günstig einschätzt (evtl. nach Verabschiedung des Bundesratsbeschlusses über Schuldenkonsolidierung 1975); auch andere Hinweise aus Santiago zur zweckdienlichsten Gestaltung eines solchen Schrittes sind willkommen.

POLITISCHE DIREKTION

P.S. Eine der vom "Comité" überreichten Listen betrifft neun abgeurteilte Gefangene "auxquels il ne manque que le visa pour pouvoir sortir de prison et rentrer en Suisse"; für diese Gefangenen ist also offenbar bereits von anderer Seite gezielt (und mit Erfolg) interveniert worden. Die Erteilung der Visa bzw. die Aufnahme der Flüchtlinge in die Schweiz ist eine Frage, die in die Kompetenz EJPD fällt. Wir schlagen vor, diese Liste dorthin zu überweisen. (Zur Frage der Aufnahme von chilenischen

- 6 -

Flüchtlingen in der Schweiz hat der Bundesrat bereits früher prinzipiell Stellung genommen, so dass sich eine weitere Stellungnahme des EPD im vorliegenden Individualfall erübrigt.)

Kopien z.K. ent

- Schweizerische Botschaft in Santiago
- IS
- VG
- KH

Ba 23. Dez. 75 11.